

Anfragen: Junisession 2017

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Staatskanzlei STA			
11	Vanoni (Zollikofen, Grüne) (Sprecher/in) Graf-Rudolf (Belp, Grüne)	Ungleiches Engagement für kantonale Abstimmungsvorlagen	4
13	Grimm (Burgdorf, glp)	Warum mischt sich der Regierungsrat in den Abstimmungskampf ein?	5
35	Machado Rebmann (Bern, GPB-DA)	Ist das Spielen des Berner Marsches an offiziellen Anlässen des Kantons Bern noch zeitgemäss?	6
Erziehungsdirektion ERZ			
2	Brönnimann (Mittelhäusern, glp)	Auswirkungen der MINT-Offensive im Kanton Bern	7
18	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Kompetenz in Bildungsfragen	8
19	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Gerechte Löhne	9
30	Wüthrich (Huttwil, SP)	Berufsberatung für Erwachsene stärken und bekannter machen!	10
32	Freudiger (Langenthal, SVP)	Auswirkungen der geltenden Kompetenzen zum Erlass von Lehrplänen auf die Finanzkompetenzen?	11
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
1	Güntensperger (Biel, glp)	Abholzungen	12
12	Frutiger (Oberhofen, BDP)	Ist das Energieabkommen BEakom noch sinnvoll?	13
14	Gygax-Böninger (Obersteckholz, BDP)	BEakom und Energiestadt! Warum fährt der Kanton Bern hier zweigleisig?	14
26	Guggisberg (Kirchlindach, SVP)	Ausgaben für Kunst am Bau	15
28	Müller (Orvin, SVP)	Kunst im öffentlichen Raum und an öffentlichen Bauten	16
33	Rüegsegger (Riggisberg, SVP)	Was haben uns die Projekte aus dem Jahr 2013 mit der BKW bisher gekostet?	17
Polizei- und Militärdirektion POM			
15	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Asylgesuche für 300 Babys in drei Monaten	18
16	Etter (Treiten, BDP)	Ausländische Fahrende – Hat der Kanton einen Systemwechsel vollzogen?	19



17	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Das Versammlungsrecht wurde durch eine gewaltsame, nicht bewilligte Demonstration beeinträchtigt	20
20	Imboden (Bern, Grüne)	Wo gibt es eine Verfassungsgrundlage für eine Pflichtteilnahme von Frauen an Orientierungstagen der Schweizer Armee?	21
25	Gschwend-Pieren (Lyssach/Oberburg, SVP) (Sprecher/in) Knutti (Weissenburg, SVP)	Weiteres Vorgehen betreffend den Kredit für die Asylsozialhilfe 2016-2019	22

Finanzdirektion FIN

3	Bachmann (Nidau, SP)	Steueranzeigen	23
4	Güntensperger (Biel, glp)	Verpflichtungserklärung	24

Volkswirtschaftsdirektion VOL

7	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Erizer Bär: Was unternimmt der Regierungsrat zum Schutz der Tiere?	25
8	Hügli (Biel, SP)	Schliessung von Poststellen im Kanton Bern: Was hat der Regierungsrat dagegen unternommen und wie wird er sich wehren?	26
10	Imboden (Bern, Grüne)	Wie werden Bedürfnisse der Bevölkerung und Gemeinden beim Umbau der Poststellen berücksichtigt?	27
24	Imboden (Bern, Grüne)	Wird man in den regionalen Arbeitsvermittlungszentren Bern-West und Thun nach dem Umbau den Anforderungen des Persönlichkeits- und Datenschutzes der Stellensuchenden weiterhin genügen?	28

Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)

9	Graber (Neuenstadt, SVP)	Fragwürdige Äusserungen eines jurassischen Staatsrates	29
21	Hirschi (Moutier, PSA)	Wird das Hôpital du Jura bernois durch die Druckerei Juillerat & Chervet SA geleitet?	30
22	Hirschi (Moutier, PSA)	Unterschiedliche Massstäbe?	31
23	Sauvain (Moutier, PSA)	Interessenkonflikt zwischen dem Hôpital du Jura bernois und der Druckerei Juillerat & Chervet SA?	32
31	Klopfenstein (Corgémont, SVP)	Abstimmungsempfehlung an das Lehrerkollegium	33
34	Tobler (Moutier, SVP)	Wahrheit über die veröffentlichten Zahlen	34

Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF

5	Lüthi (Burgdorf, SP)	Petition für ein soziales Existenzminimum	35
---	----------------------	---	----

6	Lüthi (Burgdorf, SP)	Sistierte Vermittlung von Wohnraum an Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich in der Stadt Biel durch die Fachstelle Wohnen der Caritas	36
27	Wüthrich (Huttwil, SP)	Welchen Stellenwert hat die Pflege in der Insel-Gruppe?	37
29	Wüthrich (Huttwil, SP)	Werden in den Berner Spitälern auch Tiere geröntgt?	38

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 02.06.2017

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne) (Sprecher/in)
Graf-Rudolf (Belp, Grüne)

Beantwortet durch: STA

Ungleiches Engagement für kantonale Abstimmungsvorlagen

Am 21. Mai 2017 wurde im Kanton Bern über zwei Vorlagen des Regierungsrats und des Grossen Rats abgestimmt, gegen die das Referendum ergriffen worden war. Für die eine Vorlage war in der Regierung ein SP-Mitglied verantwortlich – sie wurde von links bekämpft und von 35 Grossratsmitgliedern abgelehnt. Bei der anderen Vorlage war ein bürgerliches Regierungsmitglied federführend – sie wurde von rechts bekämpft und von 49 Grossratsmitgliedern abgelehnt.

Im Vorfeld der Abstimmung haben sich nicht weniger als sechs Regierungsmitglieder in ungewöhntem Ausmass, u. a. mit persönlich gezeichneten Inseraten des JA-Komitees, für die erstgenannte Vorlage eingesetzt. Für die zweite, offensichtlich schon im Grossen Rat umstrittenere Vorlage trat hingegen allein der zuständige Regierungsrat in Erscheinung – und auch dies nur im üblichen Rahmen einer kantonalen Medienkonferenz. Die erste Vorlage wurde vom Volk angenommen, die zweite abgelehnt.

Fragen:

1. Wie beurteilt bzw. rechtfertigt der Regierungsrat den ungleichen Einsatz seiner Mitglieder und dessen Wirkung für die beiden Referendumsvorlagen?
2. Welchen Einsatz betrachtet der Regierungsrat im Rahmen von kantonalen Abstimmungskämpfen als angemessen?
3. Welche Lehren zieht der Regierungsrat im Hinblick auf das künftige Engagement seiner Mitglieder in kantonalen Abstimmungskämpfen?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 02.06.2017

Eingereicht von: Grimm (Burgdorf, glp)

Beantwortet durch: STA

Warum mischt sich der Regierungsrat in den Abstimmungskampf ein?

Am 21. Mai 17 befand das Berner Stimmvolk über zwei kantonale Vorlagen.

Einerseits über den Asylsozialkredit, der vom Volk mit einem Stimmenverhältnis von ca. 46 zu 54 Prozent abgelehnt wurde. Andererseits wurde der Planungskredit für die Umfahrungsstrasse im Oberaargau mit einem Stimmenverhältnis von ca. 60 zu 40 Prozent angenommen.

Sechs von sieben Mitgliedern des Regierungsrats zeigten im Abstimmungskampf ein grosses Engagement und lancierten bei letzterer Abstimmung auch eine persönliche Abstimmungskampagne. Beim Asylsozialkredit wurde in dieser Hinsicht gar nichts unternommen.

Fragen:

1. Nach welchen konkreten Kriterien mischt sich der Regierungsrat grundsätzlich persönlich in einen Abstimmungskampf ein?
2. Warum haben die Regierungsratsmitglieder für den Asylsozialkredit keine persönlichen Abstimmungskampagnen lanciert?
3. Wer hat die Regierungsabstimmungskampagnen mit persönlichen Statements für die Luxusstrasse im Oberaargau finanziert?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 35

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Machado Rebmann (Bern, GPB-DA)

Beantwortet durch: STA

Ist das Spielen des Berner Marsches an offiziellen Anlässen des Kantons Bern noch zeitgemäss?

Im Rahmen der Nominierung von Ursula Zybach zur Grossratspräsidentin war der Berner Marsch in den Medien ein Thema – ein traditionelles Berner Lied, dass zum Beispiel an den Feiern zu Ehren der Grossratspräsidentinnen und Grossratspräsidenten aufgespielt wird. Ein Blick in das Abschiedsgeschenk des abtretenden Grossratspräsidenten Carlos Reinhard – das Büchlein «Schneller als man denkt, Bärengeschichten» – offenbart den Text der vierten und fünften Strophe des Berner Marsches:

Träm, träm, träridiri,
Haglets Chrügge, tapfer dry!
Lue wie üsere Schütze mäje,
Todtechörnli thüe si säje.

Träm, träm, träridiri,
Bis zum Tod mues gstritte sy!
Üser Buebe müesse säge:
«Sie sy gstorbe üseretwäge».

Fragen:

1. Ist es für den Kanton Bern in Zukunft weiterhin vertretbar oder gar visionär, den Berner Marsch an offiziellen Feiern aufzuspielen?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass der Berner Marsch weiterhin an offiziellen Feiern des Kantons Bern gespielt werden soll?
3. Ist der Regierungsrat bereit, ein neues Musikstück mit einem neuen Text vorzulegen, das an offiziellen Feiern gespielt werden wird?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 03.04.2017

Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

Beantwortet durch: ERZ

Auswirkungen der MINT-Offensive im Kanton Bern

Seit ein paar Jahren wird im Kanton Bern versucht, mit einer MINT-Informationsoffensive die Jugendlichen für naturwissenschaftlich-technische Studiengänge und für technische Berufe zu sensibilisieren und zu motivieren. Aus diesen Gründen interessiert es, ob die Anstrengungen etwas bewirken.

Fragen:

1. Hat sich das Wahlverhalten der Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer an den Gymnasien in den letzten Jahren geändert und Richtung MINT verschoben?
2. Konnten die offenen Lehrstellen in den technischen Berufen in den letzten Jahren im Kanton Bern besser besetzt werden?
3. Konnten insbesondere auch mehr Mädchen für MINT-Berufe und MINT-Schwerpunktfächer begeistert werden?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 04.06.2017

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Kompetenz in Bildungsfragen

Angenommene Vorstösse des Grossen Rates in Bildungsfragen sind meist Richtlinienmotionen. Der Regierungsrat kann in eigener Kompetenz entscheiden, ob er diese umsetzen will oder nicht. Auch bei den Schulreformen hat der Grosse Rat keinen Einfluss, es gibt nicht einmal die Möglichkeit, ein Referendum zu ergreifen. Das bedeutet, dass unsere demokratischen Rechte in Bildungsfragen stark eingeschränkt sind.

Frage:

— Welche Kantone haben in Bildungsfragen dieselben Einschränkungen wie der Kanton Bern?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 04.06.2017

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Gerechte Löhne

Als Voraussetzung für das Studium «Heilpädagogik» wurde bisher die Ausbildung als Lehrperson verlangt. Deshalb erhielten Heilpädagogen wegen des Zusatzstudiums höhere Löhne.

Dies, obschon es entschieden anspruchsvoller ist, eine ganze Klasse zu unterrichten, als Kinder im Einzel- oder Kleingruppenunterricht zu fördern.

Nun wird vorgeschlagen, die Voraussetzung (ausgebildete Lehrperson) abzuschaffen, was das heutige Besoldungssystem noch mehr in Frage stellen würde.

Frage:

— Wie gedenkt der Regierungsrat diese noch verschärfte Ungerechtigkeit im Lohnsystem zu eliminieren?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 30

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: ERZ

Berufsberatung für Erwachsene stärken und bekannter machen!

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind durch Digitalisierung und Deindustrialisierung, durch die Notwendigkeit der ständigen Erneuerung des Fachwissens, durch gesundheitliche Beeinträchtigungen, durch Vorurteile gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Alter 50 plus, durch prekäre Arbeitsverhältnisse, durch den Druck auf die Erhöhung des Rentenalters sowie durch den verstärkten Wettbewerb auf einem globalisierten Arbeitsmarkt stark gefordert. Ein einmal erlernter Beruf kann verschwinden, das erlernte und erarbeitete Fachwissen auf dem Arbeitsmarkt plötzlich nicht mehr gefragt sein. Wichtig sind in diesem Fall eine Laufbahnberatung und eine Berufsberatung für Erwachsene. Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB) muss den Stellenwert erhalten, der ihr fachlich und auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes zusteht.

Fragen:

1. Wie macht der Kanton Bern heute sein Angebot der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung für Erwachsene bekannt?
2. Mit welchen Einnahmeausfällen müsste der Kanton Bern rechnen, wenn die Angebote der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung auch für Erwachsene unentgeltlich zur Verfügung gestellt würden?
3. Wie viele Erwachsene nahmen 2016 mindestens ein Angebot der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung in Anspruch?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 32

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Freudiger (Langenthal, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Auswirkungen der geltenden Kompetenzen zum Erlass von Lehrplänen auf die Finanzkompetenzen?

Gestützt auf Artikel 74 Absatz 2 VSG kann die Erziehungsdirektion (anstelle des Gesamterziehungsrats) mit dem Erlass von Lehrplänen und Lehrplanteilen betraut werden. Entsprechend hat die ERZ mit Erlass der Direktionsverordnung vom 23. Juni 2016 über den Lehrplan 21 des Kantons Bern (DVLP 21) die Verbindlichkeit des Lehrplans 21 für die öffentlichen deutschsprachigen Volksschulen angeordnet.

Angesichts dieser Kompetenzordnung bei Erlass und Einführung von Lehrplänen stellt sich die Frage, ob sich daraus auch Auswirkungen auf die diesbezüglichen Finanzkompetenzen ergeben.

Fragen:

1. Inwieweit hat der Erlass bzw. die Einführung von Lehrplänen/Lehrplanteilen Auswirkungen darauf, ob künftige, mit Erlass bzw. Einführung von Lehrplänen/Lehrplanteilen zusammenhängende Ausgaben als gebunden gelten?
2. Haben die Kompetenzerteilung an die ERZ gemäss Artikel 74 Absatz 2 VSG und daraus folgend der Erlass der DVLP 21 zur Folge, dass die Lehrpläne und Lehrplanteile betreffende Ausgaben als gebunden gelten?
3. Hat die Kompetenzerteilung an die ERZ zum Erlass bzw. zur Einführung von Lehrplänen/Lehrplanteilen gemäss Artikel 74 Absatz 2 VSG Auswirkungen auf die ordentlichen Finanzkompetenzen einzelner Organe (Regierungsrat, Grosser Rat usw.) zur Beschlussfassung über neue Ausgaben?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 23.03.2017

Eingereicht von: Güntensperger (Biel, glp)

Beantwortet durch: BVE

Abholzungen

Sowohl in Biel bei der Busstation Vorhölzli als auch entlang der Autostrasse von Biel nach Bern als auch entlang der alten Aare bei Aarberg sind dem Fragesteller Abholzungen aufgefallen.

Frage:

- Weshalb werden immer wieder diverse Abholzungen vorgenommen, die das Landschaftsbild während einer nicht unerheblichen Zeit negativ beeinflussen und zudem einen tiefen Eingriff in und für die Tierwelt bedeuten?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 02.06.2017

Eingereicht von: Frutiger (Oberhofen, BDP)

Beantwortet durch: BVE

Ist das Energieabkommen BEakom noch sinnvoll?

Im Bereich der Energieplanung in den Gemeinden sind schweizweit diverse Plattformen vorhanden z. B. Energiestadt. Es stellt sich die Frage, ob das Berner Energieabkommen BEakom noch sinnvoll angewendet werden kann.

Fragen:

1. Wie viele Gemeinden im Kanton Bern erhielten das Energiestadt-Label, und wie viele traten in den letzten 5 Jahren dem Energieabkommen BEakom bei?
2. Warum muss zuerst mit dem Kanton Bern ein BEakom und warum kann nicht direkt mit der Energiestadt eine Vereinbarung abgeschlossen werden?
3. Welche Kosten verursacht der BEakom-Bereich im Kanton Bern?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 04.06.2017

Eingereicht von: Gygax-Böninger (Obersteckholz, BDP)

Beantwortet durch: BVE

BEakom und Energiestadt! Warum fährt der Kanton Bern hier zweigleisig?

EnergieSchweiz hat für Kleingemeinden ein Angebot geschaffen, das den kleineren Gemeinden (weniger als 2000 Einwohner) den Zugang zu energiepolitischen Themen erleichtern soll. Die kleinen Gemeinden werden von EnergieSchweiz mit Beratungsgesprächen und weiteren Hilfestellungen und Unterlagen unterstützt.

Mit dem Berner Energieabkommen BEakom unterhält der Kanton Bern zugleich ein eigenes umfangreiches Hilfsmittel, um speziell in kleinen Gemeinden eine eigenständige Energiepolitik aufzubauen.

Fragen:

1. Wo/was sind die gesetzlichen Grundlagen für das Programm BEakom?
2. Welche Unterschiede bestehen zwischen einem BEakom und einer Energiestadt-Vereinbarung?
3. Was rechtfertigt gesamtwirtschaftlich ein zweispuriges Verfahren BEakom und Energiestadt?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 26

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Guggisberg (Kirchlindach, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Ausgaben für Kunst am Bau

Am 1. Januar 2013 trat das neue Kantonale Kulturförderungsgesetz (KKFG, BSG 423.11) in Kraft. Der Kanton Bern fördert Kultur in all ihren Ausdrucksformen, insbesondere auch in der Architektur (Art. 5 KKFG). Bei kantonalen Bauprojekten wird ein Teil der Ausführungskosten jeweils für sogenannte «Kunst am Bau» eingesetzt.

Fragen:

1. Bei welchen Bauprojekten, an denen sich der Kanton Bern finanziell beteiligt (hat), wurden seit Inkrafttreten des neuen KKFG am 1. Januar 2013 welche Beträge unter dem Titel «Kunst am Bau» eingesetzt?
2. Welche Beträge sind bei künftigen Bauprojekten (inkl. Campus Biel und Bern), an denen der Kanton Bern finanziell beteiligt ist, unter dem Titel «Kunst am Bau» eingeplant?
3. Wie viel Geld wurde damals für die Frauenklinik des Inselspitals eingesetzt für Kunst am Bau?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 28

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Müller (Orvin, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Kunst im öffentlichen Raum und an öffentlichen Bauten

Ein Teil der Kosten bei öffentlichen Bauten wird für die staatliche Kulturförderung aufgewendet. Es stellt sich die Frage nach den diesbezüglichen gesetzlichen Grundlagen.

Fragen:

1. Wie wird der Mindestbetrag für «Kunst am Bau» bzw. für «Kunst im öffentlichen Raum» festgelegt?
2. Welches sind die diesbezüglichen gesetzlichen Grundlagen?
3. Nach welchen Kriterien werden die Kunstschaffenden ausgewählt, die sich ihre Werke im Rahmen von öffentlichen Bauten finanzieren lassen dürfen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 33

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Rügsegger (Riggisberg, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Was haben uns die Projekte aus dem Jahr 2013 mit der BKW bisher gekostet?

An der Medienkonferenz vom 29. August 2013 mit Regierungsrätin Egger-Jenzer und Frau Thoma von der BKW wurde die Aussage gemacht, dass der Kanton Bern für die Energiewende eine Vorreiterrolle spielen solle. Es wurde ein revolutionäres Projekt vorgestellt und lanciert. In diesem Zusammenhang sowie mit der eingeleiteten Energiewende, der Energiestrategie 2050 und den aktuellen Vorstössen in deren Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

Fragen:

1. In welchem Volumen (Anzahl Anlagen und kWh) verkauft der Kanton Bern der BKW Strom?
2. Wie wirkt sich der Tarifentscheid der BKW auf die Rechnung des Kantons Bern aus?
3. Was haben dieses Versprechen und strategische Absichten den Kanton Bern gekostet bzw. wie viele Überbrückungsfinanzierungen mussten gewährt werden?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 04.06.2017

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: POM

Asylgesuche für 300 Babys in drei Monaten

Den Medien konnte entnommen werden, dass in den ersten drei Monaten des Jahres 2017 in der Schweiz für 300 Baby ein Asylantrag gestellt wurde.

Fragen:

1. Wie viele Asylanfragen wurden in dieser Zeit im Kanton Bern eingereicht?
2. Wie viele dieser Mütter sind im Kanton Bern bereits schwanger angekommen oder hier schwanger geworden?
3. Wie viele Babys werden von alleinerziehenden Müttern und wie viele von beiden Elternteilen betreut?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion POM
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 05.06.2017

Eingereicht von: Etter (Treiten, BDP)

Beantwortet durch: POM

Ausländische Fahrende: Hat der Kanton einen Systemwechsel vollzogen?

In der Witzwiler-Post Nr. 17 vom Mai 2017 erschien ein Artikel unter dem Titel: «So nicht mehr».

Darunter wird beschrieben, was Witzwil alles unternommen hat, damit Fahrende das Gelände nicht mehr befahren können.

Fragen:

1. Gelten die Massnahmen von Witzwil für den ganzen Kanton Bern?
2. Stehen die Massnahmen in Witzwil als Beispiel für alle privaten Landbesitzer?
3. Was unternimmt die Berner Regierung, um die ausländischen Fahrenden in Zukunft vom Kantonsgebiet fernzuhalten?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion POM
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 04.06.2017

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: POM

Das Versammlungsrecht wurde durch eine gewaltsame, nicht bewilligte Demonstration beeinträchtigt

Eritreerinnen und Eritreer wollten in Schwarzenburg ihren Nationaltag (nicht ihren Regierungschef) feiern. Sie hatten ein friedliches Fest vorbereitet und alle verlangten Bewilligungen eingeholt.

Leider wurde dieses Fest von jungen Eritreern massiv gestört, und es wurden sogar Steine gegen die eintreffenden Gäste geworfen.

Fragen:

1. Findet es der Regierungsrat richtig, dass die friedlichen Festteilnehmerinnen und Festteilnehmer wegen der Gewalt der Demonstranten das Fest früher abbrechen mussten?
2. Wurden die gewalttätigen Personen identifiziert und bestraft?
3. Ist das Versammlungsrecht in Zukunft wegen den Demonstranten gefährdet?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion POM
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 05.06.2017

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: POM

Wo gibt es eine Verfassungsgrundlage für eine Pflichtteilnahme von Frauen an Orientierungstagen der Schweizer Armee?

Heute ist die Teilnahme an den jährlichen Informationsanlässen im Kanton Bern freiwillig. Alle 18-jährigen Frauen werden dazu eingeladen und über ihre Möglichkeiten informiert. Die Teilnahme ist aber freiwillig.

Infos: http://www.pom.be.ch/pom/de/index/bevoelkerungsschutz-militaer/militaer/rekrutierung/der_orientierungstag/frauen_am_orientierungstag.html

Gemäss Medienberichten sollen Frauen bald an Informationsanlässen der Armee teilnehmen müssen. Das Verteidigungsministerium und die Kantone prüfen, ob ab dem 1. Januar 2020 alle 18-jährigen Schweizerinnen obligatorisch zum Armee-Infotag antreten müssen. Die Armee ist dabei auf die Zusammenarbeit der Kantone angewiesen. So hatte sie die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) über die Pläne informiert, denn die Umsetzung obliegt den Kantonen, da die Durchführung des Orientierungstages in ihre Kompetenz fällt. Die Bundesverfassung kennt keine Militärpflicht für Frauen.

Fragen:

1. Gestützt auf welchen Verfassungs- bzw. Gesetzesauftrag will der Kanton Bern die Pflichtteilnahme von Frauen an Orientierungstagen der Schweizer Armee durchführen?
2. Was sind die Folgen, wenn Frauen nicht an den Informationsanlässen teilnehmen?
3. Was sind die Kosten für solche Pflichtinformationsanlässe für den Kanton und die Berner Wirtschaft (zusätzliche Infrastrukturen, Lohnausfälle usw.)?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion POM
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Gschwend-Pieren (Lyssach/Oberburg, SVP) Beantwortet durch: POM
(Sprecher/in)
Knutti (Weissenburg, SVP)

Weiteres Vorgehen betreffend den Kredit für die Asylsozialhilfe 2016-2019

Am 21. Mai 2017 hat das Volk den Kredit für die Asylsozialhilfe 2016-2019 klar abgelehnt. Nun steht das weitere Vorgehen nach dieser Volksentscheid im Zentrum des Interesses.

Fragen:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat die 105 Asylmillionen (vom Volk abgelehnter Kredit für die Asylsozialhilfe) einzusparen?
2. Welche nächsten Schritte für die Einsparung sind geplant?
3. Wie sieht der Terminplan des Regierungsrates hinsichtlich der Einsparung der 105 Asylmillionen aus?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion POM
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 06.05.2017

Eingereicht von: Bachmann (Nidau, SP)

Beantwortet durch: FIN

Steueranzeigen

Die Tageszeitung «Der Bund» berichtet am 3. Mai über die vermehrten Steuerselbstanzeigen im Kanton St. Gallen.

Fragen:

1. Wie viele Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung von Privatpersonen und juristischen Personen sind in den letzten vier Jahren im Kanton Bern erfolgt?
2. Um welche Beträge handelt es sich?

Verteiler

- Finanzdirektion FIN
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 08.05.2017

Eingereicht von: Güntensperger (Biel, glp)

Beantwortet durch: FIN

Verpflichtungserklärung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzelner Abteilungen der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) und der Polizei- und Militärdirektion (POM) haben kürzlich eine Verpflichtungserklärung erhalten, in denen sie sich durch Unterschrift zu diversen grundsätzlichen Verhaltensweisen gegenüber Klienten verpflichten. Diese betreffen z. B. den Umgang mit den Klienten, Respekt, Achtung, Gewaltlosigkeit, Schutz vor sexueller Belästigung usw.

Unter dem Punkt «Strafverfahren» ist zu lesen: «Alle Mitarbeitenden sind verpflichtet, die Direktion umgehend zu informieren, falls während der Anstellung eine Anzeige oder ein Strafverfahren gegen sie eröffnet wird.»

Der Urheber der Anfrage ist der Meinung, dass eine solche Meldepflicht von Anzeigen oder Strafverfahren gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht berufsrelevante Bereiche betreffen, nicht zulässig ist.

Fragen:

1. Gilt diese Bestimmung für alle Anzeigen oder Strafverfahren, die gegen eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter eröffnet werden, also auch solche, die nicht die berufliche Tätigkeit betreffen?
2. Erachtet es der Regierungsrat als nötig, dass – unter Umständen willkürliche – Strafanzeigen gegen eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter den Vorgesetzten gemeldet werden müssen, obwohl sie keinen Bezug zur Tätigkeit des Beschuldigten haben?
3. Wie ist es mit dem Datenschutz zu vereinbaren, wenn Vorgesetzte über eröffnete Anzeigen oder Strafverfahren gegen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter Bescheid wissen, die nichts mit der Tätigkeit der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters zu tun haben?

Verteiler

- Finanzdirektion FIN
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 01.06.2017

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: VOL

Erizer Bär: Was unternimmt der Regierungsrat zum Schutz der Tiere?

Am Freitag, 26. Mai 2017, wurde gemäss einer Mitteilung der Volkswirtschaftsdirektion in der Gemeinde Eriz am Grünenbergpass ein Bär gesichtet. Es ist der erste Nachweis eines wilden Bären im Kanton Bern seit mehr als 190 Jahren.

Ende Mai hat aber auch die Alpsaison begonnen. Auch im Zulgtal und in den angrenzenden Gebieten wie Sigrisiwil, Habkern oder Schangnau sind viele Kühe, Schafe und andere Tiere auf den Alpen. Es stellt sich also die Frage, welche Gefahr für die Tiere, aber auch für die Menschen vom Bär ausgeht.

Eine mögliche Ursache für das Aufkommen der Grossraubtiere sind enorm grosse Hirschbestände, die den Grossraubtieren als Nahrungsquelle dienen und diese mutmasslich anlocken.

Fragen:

1. Besteht eine Gefährdung für Mensch und Tier durch den Erizer Bär?
2. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um allfälligen Schaden durch Risse abzuwenden?
3. Was gedenkt der Regierungsrat gegen die sehr grossen Hirschbestände zu unternehmen, die mutmasslich die Grossraubtiere anlocken?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion VOL
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 30.05.2017

Eingereicht von: Hügli (Biel, SP)

Beantwortet durch: VOL

Schliessung von Poststellen im Kanton Bern: Was hat der Regierungsrat dagegen unternommen und wie wird er sich wehren?

Am 23. Mai 2017 hat die Schweizerische Post angekündigt, dass im Kanton Bern 76 Poststellen «überprüft» bzw. wohl geschlossen werden. 92 Poststellen sind nur bis 2020 garantiert, womit auch bei diesen die Möglichkeit besteht, dass sie danach geschlossen werden.

Fragen:

1. Was hat der Regierungsrat seit der Annahme des Postulats 223-2016 in der Januarsession unternommen, um sich gegen Poststellenschliessungen im Kantonsgebiet zur Wehr zu setzen?
2. Was unternimmt der Regierungsrat, damit der Service Public bei Postdienstleistungen auch künftig und über 2020 hinaus in den Gemeinden des Kantons Bern garantiert wird?
3. Wie wird der Regierungsrat die betroffenen Gemeinden unterstützen, damit ihre Poststellen erhalten werden können (z. B. anfechten der Entscheide der Post)?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion VOL
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 02.06.2017

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: VOL

Wie werden Bedürfnisse der Bevölkerung und Gemeinden beim Umbau der Poststellen berücksichtigt?

Ende Mai 2017 hat die Post ihre Pläne für den Kanton Bern vorgestellt. 168 bernische Poststellen gibt es heute. 76 davon sollen verschwinden und grösstenteils durch Postagenturen ersetzt werden, die in Dorf- und Quartierläden untergebracht werden. Die restlichen 92 Poststellen sind laut der Post nur bis Ende 2020 «garantiert». Mit der Schliessung der 76 Poststellen fallen im Kanton Bern 140 Vollzeitstellen weg. Die Post versucht, die betroffenen Mitarbeiter intern zu vermitteln.

Fragen:

1. Wie wurden die Gemeinden und der Kanton in die Planung einbezogen, um raumplanerische Vorstellungen einzubringen?
2. Wie werden die Agenturen geplant, und was bieten diese alles an?
3. Wie wird der Service public vor Ort garantiert, wenn mit dem lokalen Gewerbe keine Lösung für eine Agentur gefunden werden kann?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion VOL
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: VOL

Wird man in den regionalen Arbeitsvermittlungszentren Bern-West und Thun nach dem Umbau den Anforderungen des Persönlichkeits- und Datenschutzes der Stellensuchenden weiterhin genügen?

Die regionalen Arbeitszentren (RAV) Bern-West und Thun werden umgebaut. In Bern-West wird man im August und in Thun Mitte September 2017 neue Räumlichkeiten beziehen. Bei diesem Umbau sind zum einen für die Mitarbeitenden grössere Büroräumlichkeiten vorgesehen. Zum anderen sind für die Beratungsgespräche Beratungstische in einem offenen Raum mit mehreren Beratungstischen und in Boxen vorgesehen, die räumlich nicht abgeschlossen sind. Dies bedeutet, dass die Stellensuchenden auch die Beratung von nebenan mitbekommen.

Fragen:

1. Wurde die Projektierung des Umbaus des RAV Bern-West und Thun der kantonalen Datenschutzfachstelle zur Überprüfung unterbreitet?
2. Wenn ja, zum welchem Schluss kam die kantonale Datenschutzfachstelle?
3. Wie kann nach dem Umbau den Anforderungen des Persönlichkeits- und Datenschutzes der Stellensuchenden Rechnung getragen werden?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion VOL
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 01.06.2017

Eingereicht von: Graber (Neuenstadt, SVP)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Fragwürdige Äusserungen eines jurassischen Staatsrates

Am 28. Mai 2017 strahlte das Westschweizer Fernsehen RTS die Sendung «Ici c'est Moutier» aus. Ab der Minute 15 und 44 Sekunden der Reportage ist der jurassische Staatsrat Charles Juillard zu hören, der Folgendes erklärt: «Wir befinden uns in einer Zeit der Gespräche, des Dialogs, in einer Zeit, in der wir versuchen werden, die Menschen in Roches nachträglich, wenn Moutier zu uns gewechselt haben wird, zu überzeugen, indem wir ihnen sagen: Hört her, es ist ziemlich logisch, ziemlich natürlich und ziemlich geografisch, dass eure Zukunft mit uns sein wird».

Die Stimmberechtigten von Moutier werden am kommenden 18. Juni über ihre Kantonszugehörigkeit befinden. In den vergangenen 50 Jahren hat Moutier dreimal demokratisch abgestimmt und sich jedes Mal für einen Verbleib im Kanton Bern ausgesprochen (1974, 1975 und 1998 anlässlich einer Konsultativabstimmung). Trotz dieses klaren und wiederholten demokratischen Entscheids haben die Separatisten und der Kanton Jura diese demokratischen Urnengänge ständig in Frage gestellt, und zwar so lange, bis sie erreichten, dass es zu einem gemeindeweisen Abstimmungsverfahren kommt. Der Grosse Rat hatte einem solchen Verfahren zwar zugestimmt, allerdings gegen grossen Widerstand (Motion Blanchard). Die Gegner befürchteten, es könne zur Bildung von Enklaven kommen, die das bernische Kantonsgebiet in einen Flickenteppich verwandeln würden.

Mit seinen Äusserungen bringt Staatsrat Juillard klar seine Absicht zum Ausdruck, sich eine solche Situation – sollte es denn je soweit kommen – zu Nutze zu machen, um eine Gemeinde, die immer für den Verbleib im Kanton Bern gestimmt und auch keine gemeindeweise Abstimmung verlangt hat, davon zu überzeugen, zum Kanton Jura zu wechseln. Der Gemeindepräsident von Roches hat im Übrigen klar darauf hingewiesen, dass seine Gemeinde nicht die geringste Absicht habe, den Kanton Bern zu verlassen.

Fragen:

1. Verstossen die Äusserungen von Staatsrat Charles Juillard nicht gegen die Absichtserklärung vom 20. Februar 2012, in der die jurassische Regierung den Jurakonflikt für gelöst erklärt, sobald die Abstimmungen abgeschlossen sind?
2. Kommt die Erklärung von Staatsrat Charles Juillard nicht einer Salami-taktik gleich, bei der man versucht, Stückchen um Stückchen zu erhalten, wenn man nicht alles auf einmal bekommen kann?
3. Wie gedenkt der Regierungsrat auf die Erklärungen von Staatsrat Juillard zu reagieren?

Verteiler

- Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Hirschi (Moutier, PSA)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Wird das Hôpital du Jura bernois durch die Druckerei Juillerat & Chervet SA geleitet?

Der Verwaltungsrat des «Hôpital du Jura bernois» hat eine Propagandakampagne im Hinblick auf die Abstimmung vom 18. Juni über die Kantonszugehörigkeit Moutiers inszeniert. Dazu gehörte namentlich ein Brief an die ganze Bevölkerung von Moutier oder an Teile davon. Es stellt sich die Frage, ob dieser Massenversand durch öffentliche Gelder finanziert worden ist. Schenkt man den Worten des Präsidenten der regierungsrätlichen Juradelegation, Pierre Alain Schnegg, Glauben, stehen die Rechnungen im Zusammenhang mit dieser Botschaft nicht in der Rechnung des Spitals.

Laut der Tageszeitung «Le Quotidien Jurassien» hat tatsächlich eine Druckerei in Saint-Imier den Auftrag erteilt, die Werbung des Spitals am 24. Mai den Zeitungen beizulegen. Diese Aktion wurde mit einer Pressekonferenz des Verwaltungsrats, einem (in Saint-Imier eingeworfenen) Rundschreiben an die Bevölkerung von Moutier und der Lieferung aus der Luft eines Kernspintomografen in Moutier koordiniert.

Der Verwaltungsratspräsident der besagten Druckerei (Juillerat et Chervet SA) ist niemand anderes als Anthony Picard, der im Übrigen auch Verwaltungsratspräsident des «Hôpital du Jura bernois» ist und dessen Vorgänger Pierre Alain Schnegg war.

Fragen:

1. Kann der Regierungsrat bestätigen, dass diese Propagandaaktion des «Hôpital du Jura bernois» durch die Druckerei finanziert wurde, die dem Verwaltungsratspräsidenten gehört?
2. Der Rundbrief war u. a. an Unternehmen und Verstorbene adressiert, während andere Bürgerinnen und Bürger ihn nicht erhalten haben. Wie und durch wen wurden die Adressen der Adressaten dieser Botschaft des «Hôpital du Jura bernois» geliefert und ausgesucht?

Verteiler

- Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Hirschi (Moutier, PSA)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Unterschiedliche Massstäbe?

Im Rahmen der kommunalen Abstimmung vom 18. Juni wollten die Autonomisten etwas Licht ins Spiel bringen, indem sie die Strassenlaternen der Stadt in ihre Kampagne einbezogen. Sie haben daher Werbeplakate an die Strassenlaternen entlang der Kantonsstrasse gehängt.

Diese Plakate wurden gleichentags von den kantonalen Stellen wieder entfernt. An derselben Stelle und auf denselben Strassenlaternen hingen aber monatelang Plakate, die zur Wahl von Hans Stöckli in den Ständerat aufriefen, ohne dass es dem Kanton im Traum eingefallen wäre, sie zu entfernen.

Fragen:

1. Sind die kantonalen Stellen mehr oder weniger eifrig, je nachdem ob ihnen Werbeplakate in den Kram passen oder nicht? Oder mit anderen Worten: Wird mit unterschiedlichen Eilen gemessen?
2. Wie kann der Regierungsrat diese unterschiedliche Behandlung erklären?

Verteiler

- Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Sauvain (Moutier, PSA)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Interessenkonflikt zwischen dem Hôpital du Jura bernois und der Druckerei Juillerat & Chervet SA?

Der Verwaltungsrat des «Hôpital du Jura bernois» hat eine Propagandakampagne im Hinblick auf die Abstimmung vom 18. Juni über die Kantonszugehörigkeit Moutiers inszeniert. Dazu gehörte namentlich ein Brief an die ganze Bevölkerung von Moutier oder an Teile davon. Es stellt sich die Frage, ob dieser Massenversand durch öffentliche Gelder finanziert worden ist. Schenkt man den Worten des Präsidenten der regierungsrätlichen Juradelegation, Pierre Alain Schnegg, Glauben, stehen die Rechnungen im Zusammenhang mit dieser Botschaft nicht in der Rechnung des Spitals.

Laut der Tageszeitung «Le Quotidien Jurassien» hat tatsächlich eine Druckerei in Saint-Imier den Auftrag erteilt, die Werbung des Spitals am 24. Mai den Zeitungen beizulegen. Diese Aktion wurde mit einer Pressekonferenz des Verwaltungsrats, einem (in Saint-Imier eingeworfenen) Rundschreiben an die Bevölkerung von Moutier und der Lieferung aus der Luft eines Kernspintomografen in Moutier koordiniert.

Der Verwaltungsratspräsident der besagten Druckerei (Juillerat et Chervet SA) ist niemand anderes als Anthony Picard, der im Übrigen auch Verwaltungsratspräsident des «Hôpital du Jura bernois» ist und dessen Vorgänger Pierre Alain Schnegg war.

Fragen:

1. Besteht nicht ein Interessenkonflikt, wenn die Privatfirma des Verwaltungsratspräsidenten des «Hôpital du Jura bernois» eine Aktion namens «Information an die Bevölkerung» finanziert?
2. In welcher Höhe hat das «Hôpital du Jura bernois» in den vergangenen fünf Jahren Aufträge an die Druckerei Juillerat et Chervet SA erteilt?

Verteiler

- Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 31

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Klopfenstein (Corgémont, SVP)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Abstimmungsempfehlung an das Lehrerkollegium

Das Journal du Jura hat am 1. Juni berichtet, dass Marcel Winistoerfer seinen Lehrerkolleginnen und Lehrerkollegen der Sekundarschule Moutier einen Brief geschickt hat, um sie davon zu überzeugen, an der Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit Moutiers am 18. Juni ein JA in die Urne zu legen. Der Verfasser des Briefes war erstaunt, dass dies ausserhalb der Schule bekannt wurde, da er sich nur an seine Lehrerkolleginnen und Lehrerkollegen gerichtet hat. Das zeigt, dass es auch in diesen Kreisen manchmal undichte Stellen gibt. Er tat im besagten Schreiben kund, dass er das jurassische Schulmodell dem bernischen Schulmodell vorziehe, weil gewisse bernische Klassen manchmal eher einem Getto gleichen. Dieses Vorgehen gibt zu grösster Sorge Anlass, da die Schule politisch und vor allem bei einem solch heiklen Thema wie im vorliegenden Fall neutral zu sein hat.

Fragen:

1. Hat Herr Winistoerfer als Kantonsangestellter nicht einen schweren Fehler begangen, wenn er gegen die Interessen seines Arbeitgebers Stellung bezieht?
2. Kann Herr Winistoerfer gegenüber den Schülerinnen und Schülern, insbesondere gegenüber jenen, deren Familien eine andere Meinung als dieser Lehrer vertreten, noch neutral sein, wenn er die klare Weisung erteilt, an der Gemeindeabstimmung von Moutier mit JA zu stimmen?
3. Kann der Regierungsrat Massnahmen gegenüber Herrn Winistoerfer ergreifen, weil dieser so gehandelt hat?

Verteiler

- Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)
- Grosse Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 34

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Tobler (Moutier, SVP)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Wahrheit über die veröffentlichten Zahlen

Im Vorfeld der Abstimmung vom kommenden 18. Juni in Moutier wurden verschiedene Steuerdaten in den Medien veröffentlicht, die von verschiedenen Kreisen übernommen und weitergetragen wurden.

Der von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Moutier an den Kanton bezahlte Kantonssteuerertrag hat zu grossen Diskussionen geführt. Und vor kurzem musste die Finanzdirektion die Zahl, die sie veröffentlicht hatte, berichtigen.

Diese Zahl wurde oft mit den Folgekosten der Stadt Moutier an den Kanton Bern bzw. mit dem Betrag, den der Kanton im Rahmen des eidgenössischen Finanzausgleichs erhält, in Verbindung gebracht.

Fragen:

1. Wie hoch sind die Kosten für die Leistungen, die der Kanton zugunsten der Bevölkerung von Moutier erbringt bzw. ist dieser Betrag überhaupt bezifferbar?
2. Ist der Betrag von 50 Millionen Franken, von dem in den Medien oft die Rede war, korrekt?
3. Wie sieht dieser im Detail aus?

Verteiler

- Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 22.05.2017

Eingereicht von: Lüthi (Burgdorf, SP)

Beantwortet durch: GEF

Petition für ein soziales Existenzminimum

Am 10. Juni 2014 wurde der damaligen Grossratspräsidentin Béatrice Struchen und dem damaligen Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud eine Petition mit 9308 Unterschriften überreicht. Die Unterzeichnenden der Petition bitten darin den Grossen Rat, auf die Kürzung der Sozialhilfe um 10 Prozent zu verzichten und ein soziales Existenzminimum zu garantieren, da eine Kürzung der Sozialhilfe die soziale und berufliche Integration armer Menschen gefährde und ein menschenwürdiges Leben verhindere. Eine zu knappe Existenzsicherung werde zu einer Armutsfalle. Ein soziales Existenzminimum sei eine zentrale Voraussetzung, um aus der Armut herauszufinden.

Die Petition wird getragen von AvenirSocial Sektion Bern, Grüne Kanton Bern, Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen, Kriso Bern – Forum für kritische Soziale Arbeit, SAH Bern, SP Kanton Bern, und VPOD Region Bern. Zudem wurde sie von Caritas Bern, dem Dachverband sozialer Institutionen Biel Region, den demokratischen JuristInnen Bern, dem Gewerkschaftsbund des Kantons Bern, der Grünen Partei Bern, der Gruppe für Menschenwürde in der Sozialhilfe GMS Bern, der römisch-katholischen Kirche Region Bern, der Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung, der Pro Senectute Kanton Bern, den Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, dem Schweizerischen Verband alleinerziehender Mütter und Väter (SVAMV) und der unabhängigen Fachstellen für Sozialhilferecht unterstützt.

Die Justizkommission (JuKo) wies die Petition zur abschliessenden Behandlung an die Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) weiter. Die GSoK informierte das Petitionskomitee, dass die Eingabe im Rahmen der Vorberatung der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes behandelt werde. Bekanntlich wurde die SHG-Teilrevision mehrmals verschoben, und das Petitionskomitee wartet seit drei Jahren auf eine Antwort, obwohl in der Geschäftsordnung des Grossen Rates (Art. 111 Abs. 4) geregelt ist, dass Petitionen spätestens innerhalb eines Jahres beantwortet werden!

Fragen:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis von dieser Pendezenz?
2. Wann und durch wen wird die Petition endlich abschliessend behandelt?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 22.05.2017

Eingereicht von: Lüthi (Burgdorf, SP)

Beantwortet durch: GEF

Sistierte Vermittlung von Wohnraum an Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich in der Stadt Biel durch die Fachstelle Wohnen der Caritas

Aufgrund einer Intervention der Stadt Biel wurde die Fachstelle Wohnen der Caritas anscheinend vom Regierungsrat angewiesen, in der Stadt Biel keine aktive Wohnraumvermittlung mehr zu machen. Dies, obwohl die meisten anerkannten Flüchtlinge nur dank der Unterstützung der Fachstelle überhaupt eine Chance haben, eine eigene Wohnung ausserhalb der Asylstrukturen zu finden und zu erhalten. Meiner Meinung nach widerspricht diese Anweisung der Niederlassungsfreiheit der Flüchtlinge und dem Abschiebeverbot von Bedürftigen!

Fragen:

1. Was waren die Gründe für diese Anweisung an die Caritas-Fachstelle Wohnen?
2. Aufgrund welcher Rechtsgrundlage erfolgte diese Anweisung?
3. Sind weitere Massnahmen geplant, welche die Niederlassungsfreiheit der Flüchtlinge einschränken bzw. steuern?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF
- Grosse Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 27

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: GEF

Welchen Stellenwert hat die Pflege in der Insel-Gruppe?

Die Stärkung des Medizinalstandorts Bern mit der Fusion des Inselspitals mit den Spitälern der Region Bern war ein wichtiger strategischer Entscheid. Die Erfolge sind bereits sichtbar.

Dass sich die Insel-Gruppe möglichst optimal organisiert und die kommenden Herausforderungen aus einer Position der Stärke angehen will, ist selbstverständlich. Die kommunizierte Konzernstruktur ab dem 1. Juli.2017 der Insel-Gruppe wirft aber Fragen auf.

Die ärztliche Direktion und die Direktion Pflege/MTT soll zur Einheit «Medizin» zusammengelegt werden. Damit wird die Vertretung der Medizin in der Konzernleitung von zwei Stimmen auf eine reduziert. Die Mitbestimmung der Pflege/MTT, einem zentralen Fachbereich des Kerngeschäfts, ist damit in der Konzernleitung bzw. auf der strategischen Ebene nicht mehr gegeben.

Fragen:

1. Wie soll nach Auffassung des Regierungsrates – als Vertreter des Alleinaktionärs – die Pflege in der Spitalführung idealerweise integriert werden?
2. Wirkt die Nichtvertretung der Pflege in der Konzernleitung in der aktuellen Umbruchphase der Medizin nicht dem Ziel ihrer Stärkung entgegen?
3. Führt dieser Entscheid nicht zu einer unnötigen Verunsicherung des Personals, wenn doch in der aktuellen Umbruchphase vielmehr eine Konsolidierung im Betrieb der Insel-Gruppe nötig wäre?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 29

Eingereicht am: 06.06.2017

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: GEF

Werden in den Berner Spitälern auch Tiere geröntgt?

Offenbar werden in einigen Spitälern der Schweiz in den Radiologie-Abteilungen Tiere untersucht. Im Kantonsspital St. Gallen werden gemäss Medienberichten seit 2012 pro Jahr fünf Tiere auf einem diagnostischen Gerät gescannt. Dass Tiere in Spitälern untersucht werden, wirft Fragen auf, schliesslich werden die Spitäler heute indirekt mit Steuergeldern finanziert, wogegen die Tiermedizin vollständig privat finanziert wird.

Fragen:

1. Werden in den Spitälern des Kantons Bern auch Tiere untersucht?
2. Wenn ja: Welche und wie viele Tiere werden pro Jahr untersucht?
3. Wenn nein: Welche Bedingungen müssten für den Regierungsrat erfüllt sein, damit die Berner Spitäler in Zukunft Tiere untersuchen können?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF
- Grosser Rat